

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 18.09.2001

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.07.2001 |

II. Eingaben an den Rat

- | | | |
|---|-------------------|---|
| 3 | 04 - 13 0703/2001 | Veranstaltungen auf dem Geistmarkt |
| 4 | 04 - 13 0741/2001 | Einrichtung einer Schule im Ortsteil Vrasselt |
| 5 | 05 - 13 0701/2001 | Parkplatzprobleme beim SV Emmerich-Vrasselt 1912 e. V.
- Antrag auf Verrohrung des Schaugrabens in der Straße Dreikönige zur Herrichtung von Parkplätzen |
| 6 | 05 - 13 0724/2001 | Erschließungsbeiträge "Groendahlscher Weg" |
| 7 | 05 - 13 0682/2001 | Bebauungsplanaufstellungsverfahren Nr. EL 19/2 - Eltener Feld |
| 8 | 06 - 13 0739/2001 | Errichtung einer Halle der Firma Saro Spangenberg |

III. Vorlagen

- | | | |
|----|-------------------|--|
| 9 | 10 - 13 0738/2001 | Feststellung des nachträglichen Verlustes der Wählbarkeit;
hier: Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW |
| 10 | 10 - 13 0683/2001 | Ersatzwahlen zu den Ausschüssen |
| 11 | 15 - 13 0723/2001 | ätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten |
| 12 | 02 - 13 0685/2001 | Haushaltskonsolidierung in der Stadt Emmerich am Rhein |
| 13 | 02 - 13 0725/2001 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 |
| 14 | 05 - 13 0705/2001 | Gestaltungssatzung Elten;
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Bürgerbeteiligung
2) Satzungsbeschluss |
| 15 | 05 - 13 0681/2001 | 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 5/4 - Am Luebhof -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss |

- 16 05 - 13 0697/2001 8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. H 14/2
-Leege Weide-;
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2) Satzungsbeschluss
- 17 05 - 13 0737/2001 Bebauungsplanverfahren Nr. E 24/2 - Lohmann;
hier: Einspruch gegen den Beschluss des Bau-, Planungs-
und Verkehrsausschusses
- 18 06 - 13 0716/2001 Errichtung eines Gerätehauses;
hier: Abschließender Vergleich zweier Standortalternativen

IV. Anträge an den Rat

- 19 01 - 13 0736/2001 Aufstellung von "Anregungskisten"
- 20 04 - 13 0702/2001 Verlegung des Wochenmarktes auf den Geistmarkt
- 21 08 - 13 0722/2001 Feuerwehrgerätehaus
- 22 Mitteilungen und Anfragen
- 23 Einwohnerfragestunde

V. Nichtöffentlich

- | | |
|----|--|
| 24 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.07.2001 |
| 25 | 01 - 13 0720/2001
Bestellung einer Prüferin für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emmerich am Rhein |
| 26 | 02 - 13 0663/2001
Jahresabschluss 2000 der Sozial- und Kulturstiftung Emmerich |
| 27 | 08 - 13 0733/2001
Löschung einer Nichtabrissverpflichtung und eines Belegungsrechtes |
| 28 | 10 - 13 0735/2001
Städtebaulicher Vertrag mit der Stadtparkasse Emmerich-Rees;
hier: Wiederaufnahme des Tagesordnungspunktes |
| 29 | Mitteilungen und Anfragen |

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
 Arntz, Anneliese
 Beckschaefer, Christian
 Bongers, Karl-Heinz
 Brink ten, Johannes
 Diekman, Rolf
 Diks, Johannes
 Elbers, Markus Herbert
 Gertsen, Gerhard
 Gies, Norbert Ludwig
 Gorgs, Hans-Jürgen
 Heering, Anneliese
 Hetterscheidt, Herbert
 Jessner, Udo
 Koster, Gregor
 Kremer, Helmut
 Kulka, Irmgard
 Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
 Lang, Hermann
 Lorenz, Marianne
 Maiß, Franz Georg Anton
 Meisters, Gabriele
 Möllenbeck, Irene
 Offergeld, Birgit
 Roebrock, Wilhelm
 Sickelmann, Ute
 Slood, Birgit
 Spiertz, Andre
 Struckhof, Detlef
 Tenhaef, Alfred
 Tapaß, Udo
 Trüpschuch, Elke
 Ulrich, Herbert
 Wernicke, Hans-Jörgen

Entschuldigt fehlen: Camp, Wilhelm
 Jansen, Albert

Von der Verwaltung: Bürgermeister Boch

als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Siebers
Herr Arntz
Herr Dormann
Herr Gürtzgen
Herr Kraayvanger
Frau Lebbing
Herr Runge
Frau Schnieders
Frau Schumann
Frau Evers (Schriftführerin)
Frau Köster

Von den
Abwasserwerken: Herr Antoni

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der örtlichen Presse, der Verwaltung und die Zuhörer.

Aus Anlass des Terroranschlages in den USA bittet der Vorsitzende die Anwesenden sich von den Plätzen zu erheben und den Opfern zu gedenken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das neue Ratsmitglied Hans-Jürgen Gorgs verpflichtet. Der Vorsitzende bittet Herrn Gorgs zu sich. Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und Herr Gorgs spricht die Verpflichtungserklärung.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

I. Öffentlich

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Die Anwohnerin Frau Karla Nellissen (Sprecherin der Interessenvertretung Wasserstraße) gibt eine kurze Erklärung zu dem Punkt 7 der heutigen Tagesordnung ab (ist der Niederschrift als Anlage beigefügt).

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt hierzu, dass der Tagesordnungspunkt 7 zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss verwiesen wird.

TOP 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.07.2001

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. Eingaben an den Rat

TOP 3

Veranstaltungen auf dem Geistmarkt (Nr. 04 - 13 0703/2001)

Mitglied Maiß bittet in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass es in der Innenstadt mehrere Plätze gibt, die es ermöglichen, eine solche Veranstaltung durchzuführen und die Bedenken der Anwohner zu berücksichtigen, jedoch müssen die Bürger im Stadtbereich mit Lärmbelästigungen rechnen.

Mitglied Diks erklärt sich mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden und stellt den Antrag, so zu verfahren.

Die Mitglieder Jessner und Beckschaefer schließen sich der Stellungnahme der Verwaltung an, jedoch bittet Mitglied Jessner die Verwaltung zu überprüfen, ob z. B. die Kirmes weiterhin auf dem Geistmarkt stattfinden sollte.

Mitglied Struckhof erklärt für seine Fraktion, dass sie es für generell falsch halten, den Geistmarkt auf drei Veranstaltungen zu beschränken. Vielmehr sollte mit dem Veranstalter hinsichtlich der Lärmbelästigung gesprochen werden.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Mitte letzten Jahres hatte ein Veranstalter die Aufstellung eines Festzeltes zu Karneval 2001 auf dem Geistmarkt beantragt. Die Verwaltung steht solchen Veranstaltungen positiv gegenüber, zumal dadurch die Innenstadt belebt und das Freizeitangebot für die Bevölkerung erweitert wird.

Durch die verschiedenen Angebote haben mehrere tausend Besucher an den Karnevalstagen das Festzelt besucht, so dass jede Veranstaltung ausverkauft war.

Grundsätzlich erteilt die Verwaltung bei öffentlichen Veranstaltungen Gestattungen mit Bußgeld bedrohten Auflagen bzw. Ordnungsverfügungen. Hier werden Regelungen hinsichtlich vorbeugendem Brandschutz, Rettungswege, Getränkeausgabe, Toiletten, Nachtruhe usw. getroffen.

Aufgrund der Beschwerden der Anwohner des Geistmarktes hinsichtlich der Lärmbelästigung, hat die Verwaltung bereits Versuche unternommen, Ausweichmöglichkeiten im erweiterten Innenstadtbereich zu finden. Bisher wurde jedoch noch keine adäquate Fläche gefunden. Um jedoch auch die Interessen der Anwohner zu berücksichtigen, beabsichtigt die Verwaltung, solche Großveranstaltungen grundsätzlich nur 3 mal/Jahr (Kirmes, Karneval und Sylvester) zu genehmigen.

Zu berücksichtigen ist hierbei, dass in diesem Jahr erstmalig ein Festzelt zu Sylvester betrieben werden soll. Es ist davon auszugehen, dass relativ wenig Besucher daran teilnehmen werden, da die Emmericher Bürger zumeist privat im Freundeskreis den Jahreswechsel begehen.

TOP 4
Einrichtung einer Schule im Ortsteil Vrsasselt
(Nr. 04 - 13 0741/2001)

Einheitlich besteht die Meinung, dass im gesamten Gebiet der Stadt Emmerich genügend Grundschulen vorhanden sind. Vielmehr sind schon Überlegungen eingetreten, dass Grundschulen zusammengelegt werden sollten. Auch die Einrichtung der Schulplanungskommission wird vom Rat begrüßt.

Mitglied Wernicke stellt den Antrag die Schulplanungskommission für einen begrenzten Zeitraum wieder einzurichten.

Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen, die Schulplanungskommission für einen begrenzten Zeitraum wieder einzurichten, mit dem konkreten Arbeitsauftrag, die Schulentwicklungsplanung und evtl. daraus resultierende schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich unter Einbeziehung der Ratseingabe des CDU – Ortsverbandes Vrsasselt-Dornick zu beraten und Entscheidungen des Schulausschusses und Rates in diesen Fragen vorzubereiten.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5
Parkplatzprobleme beim SV Emmerich -Vrsasselt 1912 e. V.
- Antrag auf Verrohrung des Schaugrabens in der Straße Dreikönige zur Herrichtung von
Parkplätzen
(Nr. 05 - 13 0701/2001)

Mitglied Sickelmann bittet die Angelegenheit im Fachausschuss mit der Angelegenheit zu beraten und auch die Frage der Kosten zu klären.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt auf entsprechende Anfrage von Mitglied Beckschaefer, dass z. Zt. Die Genehmigung beim Kreis Kleve eingeholt werden muss, die keine Kosten verursacht. Nach entsprechender Genehmigung ist die Frage der Verrohrung und des Baus des Parkplatzes zu klären.
 Nach positivem Bescheid wird im Bau- Planungs- und Verkehrsausschuss hierüber beraten.

Mitglied Jessner bittet im Fachausschuss auch zu beraten, ob die Stellplatzfläche evtl. durch Grundstückstausch einer benachbarten landwirtschaftlichen Fläche geklärt werden kann.

Der SV Emmerich-Vrsasselt 1912 e.V. beantragt in seinem Schreiben vom 12.07.2001 die Verrohrung des vor dem Sportplatz an der Straße Dreikönige verlaufenden Schaugrabens. Er begründet dies mit der prekären Parkplatzsituation während Meisterschaftsspielen und Turnieren. Es ist geplant nach Verrohrung des Grabens die entstandene Fläche als zusätzlichen Parkraum zu nutzen.

Es handelt sich bei diesem Schaugraben um ein offizielles Gewässer 2.Ordnung, den Graben W2, des Deichverbandes Rees-Löwenberg.
 Gemäß § 99 Landeswassergesetz (LWG) bedarf die Errichtung oder wesentliche Änderung

von Anlagen an Gewässern einer Genehmigung.

Zuständig für eine derartige Genehmigung ist in diesem Falle der Landrat des Kreises Kleve, die untere Wasserbehörde.

Die Stadt Emmerich am Rhein, als Eigentümerin der Flächen, wird eine entsprechende Genehmigung bei der unteren Wasserbehörde des Kreises Kleve beantragen.

Der Rat verweist diese Eingabe zur weiteren Beratung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6

Erschließungsbeiträge "Groendahlscher Weg" (Nr. 05 - 13 0724/2001)

Bürgermeister Boch übergibt seinen Vorsitz wegen Befangenheit an den stellvertretenden Bürgermeister Ulrich. Er nimmt an der Diskussion und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Mitglied Sickelmann stellt den Antrag, dass das Rechnungsprüfungsamt stichprobenartig die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen überprüft und im Fachausschuss hierüber berichtet wird.

Nach eingehender Diskussion zieht Mitglied Beckschaefer den Antrag, dass dieser Vorgang dem Rechnungsprüfungsamt übergeben und eingehend geprüft wird, wieder zurück. Er schließt sich dem Antrag von Mitglied Sickelmann an.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bedauert, dass 1999 die Erschließungsbeiträge fehlerhaft abgerechnet wurden. Er erläutert kurz das seinerzeitige Verfahren.

Mitglied Beckschaefer fragt nach, ob eine rechtliche Möglichkeit besteht, dass der Rat beschließt, aufgrund dieser Vorgänge, den Bürgern die Beiträge zu erlassen.

Der stellv. Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Sickelmann abstimmen.

Der Rat beschließt, dass das Rechnungsprüfungsamt stichprobenartig die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen überprüft und dem Fachausschuss vorlegt .

Stellungnahme der Verwaltung :

Auf der Grundlage des geltenden Bebauungsplanes E 13/2 unterliegt die städtische Parzelle E/13 /32 der Beitragspflicht. In der Abrechnung vom 25.06.1999 ist das Grundstück jedoch nicht mit einem Beitrag belastet worden. Der hierfür notwendigen Änderung des Bebauungsplanes hat der Stadtrat nicht zugestimmt. Bedingt dadurch sind die Anwohner des Groendahlschen Weges mit ca. 14.000,-- DM zuviel belastet worden.

Im Rahmen des Klageverfahrens stellte sich allerdings heraus, dass einige Posten im beitragsfähigen Aufwand zu niedrig angesetzt waren. Im Übrigen ist die Klage noch im Erörterungstermin zurückgenommen worden, nachdem das Gericht auf die fehlende Aussicht auf Erfolg hingewiesen hatte.

Der darauf folgende Beschluss, die Hauptsache für erledigt zu erklären, gibt nichts anderes als die Klagerücknahme wieder. Er hindert nicht die von Rechts wegen bestehende

Verpflichtung zur umfassenden Beitragserhebung. Diese besteht bis Eintreten der so genannten Festsetzungsverjährung nach § 169 Abgabenordnung (4 Jahre). Die Möglichkeit einer Nacherhebung wurde auch vom Gericht angeführt.

Die Nacherhebungspflicht ergibt sich aus dem Gebot, Erschließungsbeiträge in vollem Umfang zu erheben und wird in ständiger Rechtsprechung bestätigt (u. a. Urteile des BVerwG v. 18.03. 1988 – Az. 8 C 92.87; 8 C 63.87 und 8 C 115.86 / vgl. auch Driehaus, Erschließungs- und Ausbaubeiträge, 5. Auflage § 10 RdNr. 17 ff).

Im Ergebnis wäre daher die von den Eingabeführern geforderte Erstattung rechtswidrig.

Auch die weiter vorgebrachten Argumente können zu keinem anderen Ergebnis führen. Die eingelegte Untätigkeitsklage begründet sich nicht auf „verschiedenen Verfahrensfehlern“ und auch die vermeintlichen Fehler hinsichtlich der Kanallänge und der im nicht überplanten Bereich befindlichen Verkehrsflächen sind letztlich gar keine.

Von hier ist durchaus nachvollziehbar, dass die komplizierten rechtlichen Zusammenhänge zu Irritationen führen können und auch in Teilen Fehler bei der Verwaltung gelegen haben. Dies kann bei so einem umfangreichen Abrechnungsvorgang wie der des Groendahlschen Weges nicht immer ausgeschlossen werden. Die hier und in den bereits zuvor ergangenen Stellungnahmen geäußerte Rechtsauffassung lässt jedoch keinen anderen Schluss als den hier aufgezeigten zu.

33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

Nach der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Bürgermeister Boch wieder den Vorsitz.

TOP 7

**Bebauungsplanaufstellungsverfahren Nr . EL 19/2 - Eltener Feld
(Nr. 05 - 13 0682/2001)**

Mitglied Diks bittet im Hinblick auf die von Frau Nellissen gemachten Anregungen unter TOP 1 der heutigen Sitzung die Verwaltung vor der weiteren Beratung im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss mit dem Investor Gespräche führt, um das Bebauungsgebiet mit einer anderen Zufahrt zu versehen.

Mitglied Wernicke kann die Argumenten von Frau Nellissen nur unterstützen und schließt sich der Aussage von Mitglied Diks an.

Mitglied Sickelmann regt an, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang nochmals den Kreisverkehr an der L 472 prüft.

Mitglied Sloot regt an, diese Dinge im Vorfeld mit dem zuständigen Träger (Landesstraßenbauamt) abzusichern.

Die Verwaltung hat den Antragstellern bereits mit beiliegendem Zwischenbescheid geantwortet. Da die in der Eingabe benannten Fragen im Rahmen des anstehenden Bebauungsplanaufstellungsverfahrens Nr. EL 19/2 abzuarbeiten sind, empfiehlt die Verwaltung die Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8

**Errichtung einer Halle der Firma Saro Spangenberg
(Nr. 06 - 13 0739/2001)**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt auf auf entsprechende Frage von Mitglied Struckhof, dass hier die städtebauliche Situation des Grundstückes angesprochen ist und dieses öffentlich beraten werden muss.

Mitglied Maiß bittet hier nicht den Neubau einer Halle zuzulassen; er ist der Meinung, dass der Wirtschaftsförderer nach einem geeigneten Grundstück für eine solche Halle sucht.

Mitglied Jessner hält eine Beratung im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss für nicht erforderlich, da im Flächennutzungsplan nur eine Wohnbaufläche vorgesehen ist und die Fläche nicht für gewerbliche Nutzung verkauft wird.

Mitglied Bongers stellt nach kurzer Diskussion den Antrag, gemäß Stellungnahme der Verwaltung zu verfahren.

Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

20 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

III. Vorlagen

TOP 9

**Feststellung des nachträglichen Verlustes der Wählbarkeit ;
hier: Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem . § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW
(Nr. 10 - 13 0738/2001)**

Mitglied Arntzen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat genehmigt die in der Anlage aufgeführte dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 10

**Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
(Nr. 10 - 13 0683/2001)**

Mitglied Jessner teilt ergänzend mit, dass nicht Herr Helmut Kremer, sondern Herr Jan Ludwig Stellvertreter für Herrn Tepas im Aufsichtsart LDH und im Aufsichtsrat SWE Herr Udo Tepas Stellverteter für Herrn Jessner ist.

Mitglied Arntzen ergänzt die Aussage der CDU dahin gehend, dass Herr Markus Elbers Stellvertreter für Herm Gerd Gertzen im Aufsichtsrat LDH benannt wird.

Der Rat beschließt folgende Ersatzwahlen für die FDP-Fraktion:

Ausschuss	sachk. Bürger	stellv. sachk. Bürger
Werksausschuss Abwasser	Ralf Günther	

Aufsichtsrat LDH

Christof Kukulies

Jugendhilfeausschuss

Ralf Deller

Weiterhin beschließt der Rat folgende Ersatzwahlen für die CDU-Fraktion:

Ausschuss	Mitglied	stellv. Mitglied
Haupt- und Finanzausschuss	Heinz-Gerd Kunigk	
Rechnungsprüfungsausschuss	Hans-Jürgen Gorgs	
Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz	Hans Jürgen Gorgs	Jörg Tinnemeyer (Sachkundiger Bürger)
Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss	Gabriele Meisters	Hans-Jürgen Gorgs
Schulausschuss	Hans-Jürgen Gorgs Lorenz, Marianne	Brink ten, Johannes
Werksausschuss Abwasser	Hans-Jürgen Gorgs	
Aufsichtsrat LDH	Gerhard Gertsen	Markus Elbers
Kommunale AG Emmerich, Kleve, Kranenburg	Irmgard Kulka	Helmut Arntzen
Vergabeausschuss	Johannes ten Brink	Markus Elbers
Wahlprüfungsausschuss		Hans-Jürgen Gorgs
Kulturausschuss		Hans-Jürgen Gorgs
Sozialausschuss		Hans-Jürgen Gorgs
Wahlausschuss		Hans-Jürgen Gorgs
Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband		Birgit Sloot
Aufsichtsrat SWE		Helmut Arntzen
Umlegungsausschuss		Gabriele Meisters
Regio Rat		Irmgard Kulka

Weiterhin beschließt der Rat folgende Ersatzwahlen für die SPD-Fraktion:

Ausschuss	Mitglied	stellv. Mitglied
Jugendhilfeausschuss	Trüpschuch, Elke	Bongers, Karl-Heinz
Haupt- und Finanzausschuss	Kremer, Helmut	
Schulausschuss	Gregor Koster	
Werksausschuss Abwasser	Tepaß, Udo	Kremer, Helmut
Aufsichtsrat LDH	Tepaß, Udo	Jan Ludwig
Aufsichtsrat SWE	Jessner, Udo	Udo Tepaß
Gesellschafterversammlung u. Beirat WfG	Klein, Bernd	Bongers, Karl-Heinz
Kuratorium Willibrord Spital	Trüpschuch, Elke	

33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der Bürgermeister hat in diesem Falle kein Stimmrecht

TOP 11

Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten (Nr. 15 - 13 0723/2001)

Die Mitglieder Kulka, Trüpschuch, Beckschaefer, Sickelmann und Struckhof bedanken sich bei der Gleichstellungsbeauftragten für die von ihr geleistete Arbeit und dem vorgelegten Bericht.

Der Rat nimmt den Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten zur Kenntnis.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 12

Haushaltskonsolidierung in der Stadt Emmerich am Rhein (Nr. 02 - 13 0685/2001)

Auf Antrag aller im Rat vertretenen Fraktionen fasst der Rat nachfolgenden Beschluss.

Der Rat beschließt:

Auf der Grundlage der Verfügung des Landrates vom 11.06.2001 verpflichtet sich der Rat, zum Haushaltsjahr 2002 einen in Einnahme und Ausgabe ausgeglichenen Haushalt und eine ausgeglichene Finanzplanung für die folgenden Jahre zu beschließen. Um dieses Ziel

zu erreichen, sind Einsparungspotenziale zu nutzen und in erforderlichem Umfang bestehende Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen.

Der Schuldenstand des städt. Haushaltes wird auf 40,0 MIO DM begrenzt, eine weitere Nettoneuverschuldung wird für die kommenden Jahre ausgeschlossen.

Konkrete Entscheidungen sind im Rahmen des formellen Verfahrens zum Erlass der Haushaltssatzung zu treffen, wobei die Vorschläge der Verwaltung und der Fraktionen in die Beratungen einfließen.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 14

Gestaltungssatzung Elten ;

hier: 1) Bericht zur durchgeführten Bürgerbeteiligung

2) Satzungsbeschluss

(Nr. 05 - 13 0705/2001)

Die Mitglieder Sloot, Wernicke und Sickelmann stellen den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und § 86 Abs. 1 der Bauordnung NRW den der Vorlage beigefügten Entwurf zur Gestaltungssatzung Elten als Satzung.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 15

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 5/4 - Am Luebhof -;

hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung

2. Satzungsbeschluss

(Nr. 05 - 13 0681/2001)

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat nimmt den Bericht über die durchgeführte Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 5/4 -Am Luebhof- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass für den Bereich der Grundstücke Speelberger Straße 167 bis 177, Gemarkung Emmerich, Flur 5, Flurstücke 111, 118, 120, 772 tlw., 844, 845 und 846 folgende Festsetzungen getroffen werden:

- a) Herabstufung der bisherigen IV-geschossigen Bauweise auf zwingende II-Geschossigkeit;
- b) Streichung der GFZ = 1,1;

- c) offene Bauweise anstelle einer Hausgruppenfestsetzung;
- d) Anpassung der überbaubaren Fläche an den vorhandenen Gebäudebestand.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 16

8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. H 14/2 -Leege Weide-;

hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung

2) Satzungsbeschluss

(Nr. 05 - 13 0697/2001)

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. H 14/2 -Leege Weide- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass für den Bereich der Grundstücke Gemarkung Hühthum, Flur 14, Flurstücke 392 und 393 gelegen zwischen Eltener Straße (B 8) und Heuweg

- a) anstelle der bisherigen überbaubaren Fläche insgesamt 3 verlagerte überbaubare Flächen sowie eine Fläche für ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger und Versorgungsträger festgesetzt werden,
- b) die bisherige Fläche für Gemeinschaftsgaragen aufgehoben und durch eine Fläche für Garagen am südlichen Rand des Wendeplatzes des Heuweges ersetzt wird,
- c) die zwingende Hausgruppenbauweise in eine offene Bauweise umgewandelt wird,
- d) die Höhe der Grundstückeinfriedigungen im Änderungsbereich an der Straßengrenze zur Eltener Straße B8 auf das Maß von maximal 1,0 m festgesetzt wird.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 17

**Bebauungsplanverfahren Nr . E 24/2 - Lohmann;
hier: Einspruch gegen den Beschluss des Bau -, Planungs- und
Verkehrsausschusses
(Nr. 05 - 13 0737/2001)**

Bürgermeister Boch übergibt den Vorsitz an den stellv. Bürgermeister Ulrich, er nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Mitglied Struckhof stellt den Antrag, den tagesordnungspunkt an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Mitglied Maiß stellt den Antrag den Bebauungsplan aufzuheben und im Fachausschuss nochmals zu beraten.

Die Mitglieder Diks, ten Brink und Jessner stellen den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Hierüber lasst der stellv. Vorsitzende abstimmen.

Der Rat beschließt, den Einspruch gegen die unter TOP 3 zur Verwaltungsvorlage 05-13 0700/2001 in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 28.08.01 gefassten Beschlüsse zurückzuweisen.

25 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

Nach der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Bürgermeister Boch wieder den Vorsitz.

TOP 18

**Errichtung eines Gerätehauses ;
hier: Abschließender Vergleich zweier Standortalternativen
(Nr. 06 - 13 0716/2001)**

Mitglied Beckschaefer regt an, ob durch eine weitere Kürzung durch 0,5 % des Verwaltungshaltes der Neubau des Gerätehauses finanzierbar werden würde.

Mitglied Jessner stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen; er bittet die Verwaltung jedoch zur Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses einen Vorschlag zur Verkehrsführung der Pastor-Breuer-Straße vorzulegen.

Auf entsprechende Frage von Mitglied Struckhof erklärt Erster Beigeordneter Dr. Wachs, dass für das Grundstück eine entsprechende Option befristet bis zu, 02.04.2002 eingeräumt ist. Es liegt kein Handlungsbedarf vor, dieses Grundstück derzeit zu kaufen.

Der Rat beschließt, die Verwaltung nach Abschluss der Prüfung aller Standortalternativen zu beauftragen, die Errichtung des Feuerwehr-Gerätehauses nun ausschließlich auf dem Standort 2 a, wie in der Vorlage beschrieben, voranzutreiben.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

IV. Anträge an den Rat

TOP 19

Aufstellung von "Anregungskisten" (Nr. 01 - 13 0736/2001)

Mitglied Struckhof erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion, er stellt den Antrag die "Anregungskisten" aufzustellen.

Der Vorsitzende lässt über die Stellungnahme der Verwaltung abstimmen.

Die Verwaltung ist der Meinung, dass derartige "Anregungskisten" entbehrlich sind.

Bei der Bearbeitung von Anregungen und Beschwerden - beim Beschwerdemanagement - kommt es in erster Linie darauf an, wie man mit den Anregungen und Beschwerden, wie man mit dem Bürger, umgeht.

Von nachrangiger Bedeutung ist dabei, wie er seine Anregungen, Beschwerden vorbringen kann.

Häufig wird telefoniert, auch vom Internet machen immer mehr Bürger Gebrauch.

Die Verwaltung beabsichtigt nicht, einen eigenen "Postdienst" einzurichten.

Die Bürgerbeteiligung nehmen Rat und Verwaltung sehr ernst, zum weiteren Ausbau bedarf es keiner "Anregungskiste".

30 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses erübrigt sich eine Abstimmung zu dem Antrag von Mitglied Struckhof.

TOP 20

Verlegung des Wochenmarktes auf den Geistmarkt (Nr. 04 - 13 0702/2001)

Mitglied Maiß erklärt sich - auch nach Rücksprache mit den Marktbesckern - mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden, jedoch findet er es nicht gut, dass sich der Markt zweiteilt.

Auf Nachfrage von Mitglied Beckschaefer erklärt Herr Arntz, dass Herr van Marwyk (Marktmeister) erst dann den Marktbesckern die Stellungnahme der Verwaltung betr. Marktverlegung unterbreiten kann, wenn diese auch vom Rat positiv beschieden wurde.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die freiwillige Feuerwehr Emmerich hat am 20.06.2001 während des Wochenmarktes eine Anfahrt bzw. Drehleiter-Stellprobe im Bereich Neumarkt/Alter Markt vorgenommen.

Es wurde festgestellt, dass bei der vorgefundenen Marktaufstellung alle Gebäude mit der Drehleiter angefahren werden können. Hiervon ausgenommen sind die Redaktionsräume der Rheinischen Post (2. OG) im Gebäude der Deutschen Bank. Diese Räumlichkeiten

verfügen jedoch an der rückwärtigen Seite über einen Balkon. Hier kann die Feuerwehr über tragbare Leitern, das davor befindliche Flachdach erreichen. Über das Flachdach sind die Balkone der RP anleitbar.

In der Satzung über die Wochenmärkte und Volksfeste der Stadt Emmerich ist in § 2 festgelegt, dass diese Veranstaltungen auf den vom Bürgermeister bestimmten Flächen stattfinden.

Durch die ständigen Kontakte mit den Marktbesuchern und den Besuchern des Wochenmarktes ist erkennbar, dass der Wochenmarkt in seiner jetzigen Form angenommen wird.

TOP 21

Feuerwehrgerätehaus (Nr. 08 - 13 0722/2001)

Der Rat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Der Erwerb des Grundstückes für die Errichtung des neuen Feuerwehrgerätehauses ist aus Sicht der Verwaltung zum heutigen Zeitpunkt nicht erforderlich, da die Stadt Emmerich am Rhein sich vom Grundstückseigentümer bis zum 02. April 2002 ein befristetes notarielles Kaufangebot hat einräumen lassen. Das Grundstück ist daher zunächst für die Stadt gesichert. Die Verwaltung arbeitet bereits seit geraumer Zeit an der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Errichtung des Feuerwehrgerätehauses.

TOP 22

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Grundstücksverkauf an die Firma PG Kaas;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bezieht sich auf die Anfrage von Mitglied Bongers aus der Sitzung des Rates vom 03.07. bezügl. der zugesagten Arbeitsplätze der o. g. Firma. Hierzu erklärt er, dass die Firma den Antrag auf Baugenehmigung gestellt hat und mit dem Bau begonnen hat. Wenn der Betrieb steht, kann erst geprüft werden, ob die Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Dieses wird zu gegebener Zeit zur Kenntnis gegeben.

Anfragen

1. Baugenehmigung "Kartoffelkiste" an der Rheinpromenade;
hier: Anfrage von Mitglied Diekman

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass diese Frage von Mitglied Diekman im Vergabeausschuss gestellt worden ist und auch dort beantwortet wird.

2. Mängel der Turnhalle der Realschule;
hier: Anfrage von Mitglied Maiß

Mitglied Maiß fragt nach, ob es stimmt, dass in der neuen Turnhalle der Realschule die Fenster viel zu klein und zu hoch angebracht seien; es gibt dort keine Belüftungsanlage. Außerdem sind in der Halle zu wenig Notausgänge. Die gezeichneten Spielhallenfelder lassen es nicht zu ein Spiel zu spielen. Diese Aussage hat er von Benutzern, z. T. von Sportlehrern.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

3. Lebensmittelpakete für Asylbewerber;
hier: Anfrage von Mitglied Maiß

Mitglied Maiß bezieht sich auf ein Schreiben von Frau Marga Roth, welches den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung vorliegt. Er fragt nach, ob hier noch eine andere Lösung zugelassen werden kann.

Herr Arntz schlägt vor, diese Angelegenheit im Sozialausschuss zu beraten.

TOP 23
Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um 20.40 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin